

Vorlagenummer: 0100/2025
Vorlageart: Vorschlag zur Tagesordnung
Status: öffentlich

Vorschlag der SPD Fraktion

Hier: Einführung der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen

Eingereicht am:

Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Haupt- und Finanzausschuss (Entscheidung)	06.02.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung berichtet in der HFA-Sitzung über den Stand der Einführung der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen. Dabei sollte erörtert werden, ob die Verwaltung das Landessystem übernimmt und welche Kosten für die Stadt anfallen.

Sachverhalt

Im Januar wurde auch in Nordrhein-Westfalen die Bezahlkarte für Flüchtlinge zunächst in fünf Landeseinrichtungen (je eine pro Regierungsbezirk) eingeführt. Danach soll die Bezahlkarte sukzessiv innerhalb von drei Monaten über das Landessystem in den weiteren derzeit 50 Einrichtungen ausgegeben werden. Die Kommunen sollen im zweiten Quartal Karten ausgeben können. Die Kommunen, die dasselbe System wie das Land nutzen wollen, können auf bestehende Datensätze zu den Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit Informationen wie z. B. Name, Ausweisdokument etc. zugreifen und diese vom Land übernehmen.

Anlage/n

1 - 25-02-06 SPD-Antrag Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge (öffentlich)

An
Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz

Hagen, 23. Jan. 2025

Im Hause

Einführung der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen

Sehr geehrter Herr Schulz,

wir bitten um Aufnahme des oben genannten Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des HFA am 6. 2. 2025 nach § 6 Abs. 1 (GeschO).

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet in der HFA-Sitzung über den Stand der Einführung der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen. Dabei sollte erörtert werden, ob die Verwaltung das Landessystem übernimmt und welche Kosten für die Stadt anfallen.

Begründung:

Im Januar wurde auch in Nordrhein-Westfalen die Bezahlkarte für Flüchtlinge zunächst in fünf Landeseinrichtungen (je eine pro Regierungsbezirk) eingeführt. Danach soll die Bezahlkarte sukzessiv innerhalb von drei Monaten über das Landessystem in den weiteren derzeit 50 Einrichtungen ausgegeben werden. Die Kommunen sollen im zweiten Quartal Karten ausgeben können. Die Kommunen, die dasselbe System wie das Land nutzen wollen, können auf bestehende Datensätze zu den Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit Informationen wie z.B. Name, Ausweisdokument etc. zugreifen und diese vom Land übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Claus Rudel
SPD-Fraktionsvorsitzender

